

Komatrinker-Vorstoss versenkt

Nationalrat kennt keine Gnade für Toni Bortoluzzis Vermächtnis

hhs. Bern · Ist die BDP weniger standfest als ein beschwipster Teenager? Diesen Eindruck konnte erhalten, wer am Donnerstag die Debatte rund um die Komatrinker im Nationalrat verfolgte. BDP-Vertreter Lorenz Hess hielt da ein flammendes Plädoyer gegen eine parlamentarische Initiative, die verlangt, dass Spitalaufenthalte wegen übermässigen Alkoholkonsums aus der eigenen Tasche zu berappen seien. SVP-Nationalrat Thomas de Courten konnte es sich nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, dass die BDP den Vorstoss in der Vernehmlassung noch unterstützt hatte. «Es ist zum Glück nicht verboten, klüger zu werden», konterte Hess.

Die BDP befand sich in guter Gesellschaft: Die vorbereitende Gesundheitskommission war im Oktober ebenfalls gekippt und empfahl, den Vorstoss endgültig zu versenken. Dies, nachdem sie sich im August 2013 noch deutlich dafür ausgesprochen hatte. Es war Gesundheitsminister Alain Berset, der zum Stimmungswandel in der Kommission beigetragen hatte. Der SP-Bundesrat meinte warnend, dass der Vorstoss gerade das Gegenteil des anvisierten Ziels bewirken würde. Alt SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi, der die Initiative 2010 noch unter dem Eindruck der damals grassierenden Botellones eingereicht hatte, versprach sich von seinem Vorstoss eine abschreckende Wirkung. Laut dem Bundesrat bestünde aber die Gefahr, dass sich insbesondere Jugendliche und Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen aus Kostengründen nicht oder zu spät hospitalisieren liessen – was wiederum kostspielige Folgegeschäden nach sich ziehen würde.

Rechtsstreitigkeiten befürchtet

Jean-François Steiert (sp.) machte in der Debatte darauf aufmerksam, dass das Durchschnittsalter bei alkoholbedingten Hospitalisationen bei 42 Jahren liege; nur in jedem 10. Fall sei ein Komatrinker im jugendlichem Alter. Auch haben die Ärzte in der Notfallaufnahme laut Steiert Besseres zu tun, als abzuklären, ob ein Patient nun ein Rauschtrinker oder ein Alkoholiker sei – für Letztere wäre eine Ausnahme vorgesehen gewesen.

Berset wies darauf hin, dass Rechtsstreitigkeiten drohten, falls ein Betroffener anfechten würde, dass sein Alkoholkonsum «exzessiv» gewesen sei. Die Krankenkasse müsste sich auf die Suche nach Zeugen machen, Taxifahrer oder das medizinische Personal befragen, am Schluss müsste ein Richter urteilen. Als grösstes Problem empfanden die Gegner des Vorstosses jedoch, dass dieser den «Beginn einer Entsolidarisierung in der Krankenversicherung» bedeuten würde, wie Kommissionssprecherin Barbara Schmid-Federer (cvp.) festhielt. BDP-Nationalrat Hess betonte, dass nach der Logik von Bortoluzzis Vorstoss auch Raucher oder Übergewichtige höhere Gesundheitskosten bezahlen müssten – oder Leute, die exzessiv Sport trieben.

Enttäuschte SVP

Der SVP-Mann de Courten und der FDP-Vertreter Bruno Pezzatti appellierten an den Sinn des Parlaments für das Prinzip der Selbstverantwortung. «Es geht nicht an, dass sich Jugendliche auf Kosten der Allgemeinheit besaufen», so de Courten. Und auch Pezzatti warf die Frage auf, wie weit denn die Solidarität in der Grundversicherung gehen solle.

Die Abstimmung über den Vorstoss darf als ein Prüfstein gelten, wie sehr die Achse SVP-FDP spielt, haben diese beiden Parteien doch neu zusammen eine knappe Mehrheit. Dennoch reichte es nicht für ein Ja: Der Nationalrat schrieb die Initiative mit 97 zu 85 Stimmen bei 11 Enthaltungen ab. 13 Freisinnige enthielten sich der Stimme oder plädierten für Abschreiben – vor allem solche der Westschweiz. SVP-Nationalrat de Courten sagte auf Anfrage, er sei sowohl von der BDP wie auch von einzelnen FDP-Vertretern enttäuscht, dass sie sich von den «Scheinargumenten» der Gegner hätten überzeugen lassen.

Das neue Parlament budgetiert wie das alte

Voranschlag 2016 mit nur knappem strukturellem Überschuss

Die Räte haben das Budget unter Dach und Fach gebracht. Gegenüber dem Entwurf halbierten sie den vorhandenen Spielraum – fast ausschliesslich zugunsten der Landwirtschaft.

MARCEL AMREIN

Am zweitletzten Tag der Session hat das Parlament den Voranschlag für das nächste Jahr abschliessend festgelegt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat dem Kompromissvorschlag der Einigungskonferenz zugestimmt, der die verbleibenden Differenzen zwischen den beiden Räten beseitigte.

Die Ausgaben erhöht

Der Kunstgriff des Kompromisses war indes ein simpler: Das Budget wurde einfach auf beiden Seiten aufgeblasen. Die Nationalräte verzichteten darauf, die Sach- und Betriebsausgaben gegenüber dem Bundesratsentwurf linear um 125 Mio. Fr. zu kürzen. Im Gegenzug billigten die Ständeräte die Aufstockung der Ausführbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte um 27 Mio. Fr. und die der Investitionskredite in der Landwirtschaft um 5 Mio. Fr.

Letztlich resultiert ein Budget, das um 94 Mio. Fr. schwerer ist, als der Bundesrat beantragt hatte. Gegenüber dem Vorjahr wachsen die Ausgaben um 113 Mio. Fr. Das ist im Vergleich zu früher

Voranschlag 2016	
In Millionen Franken	
Einnahmen	66 733
Differenz gegenüber 2015	-1,2%
Ausgaben	67 229
Differenz gegenüber 2015	0,2%
Finanzierungsergebnis	-496
Struktureller Saldo	104
Ausgabenaufstockung ggü. Bundesrat	93,6
davon Landwirtschaft	92,8

zwar ein moderater Anstieg, doch werden voraussichtlich die Einnahmen zurückgehen. Der Bundesrat hatte das Budget bei der Ausarbeitung um 1,3 Mrd. Fr. gegenüber dem ursprünglichen Plan gekürzt, damit die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten bleiben.

Dies könnte knapp werden. Das vom Parlament nun verabschiedete Budget sieht ein Defizit von 496 Mio. Fr. vor. Wegen der schwächelnden Konjunktur ist ein Fehlbetrag in dieser Höhe zwar noch schuldenbremsenkonform, doch ist der Spielraum damit praktisch ausgeschöpft. Lediglich 104 Mio. Fr. bleiben verfügbar, bevor der Haushalt an den Pfad der Schuldenbremse stösst, während es im Bundesratsentwurf immerhin 198 Mio. Fr. waren. Spielraum könnte nächstes Jahr durchaus nötig werden – namentlich im Asylwesen sind Nachtragskredite praktisch sicher.

Die Zusatzlasten im Budget kommen fast ausschliesslich der Landwirtschaft zugute, denn auch die Direktzahlungen hat das Parlament aufgestockt. Diese

verbleiben auf dem Niveau des Vorjahres. Dabei war der Agrarbereich neben der Entwicklungshilfe derjenige Posten, bei dem der Bundesrat gegenüber den Planzahlen am meisten sparen wollte. Vergeblich mahnte er, dass wegen der niedrigen Teuerung und der sinkenden Zahl der Betriebe die einzelnen Landwirte dennoch besser wegkommen würden als einst beabsichtigt.

Gleich wie letztes Jahr

Es fällt auf: Bei der Budgeterstellung hat sich mit dem neuen Parlament nichts geändert. Wer eine rigorose Politik erwartet hatte, sieht sich widerlegt. Vielmehr ähnelt das Resultat der Budgetdebatte in bemerkenswerter Weise demjenigen vom letzten Jahr. Die Räte erhöhten damals das Budget um einen vergleichbaren Betrag fast einzig für die Landwirtschaft, und es verblieb ein ähnlich grosser Spielraum bei der Schuldenbremse.

Das bürgerliche Zusammenspiel in der Finanzpolitik funktioniert vor allem dann, wenn es darum geht, die Bauern zu schonen. Zusätzliche Einschnitte, die über Bundesratsanträge hinausgehen, haben es dagegen schwer. Denn entweder handelt es sich um sachpolitisch gefärbte Kürzungsvorschläge der SVP, z. B. bei der Kultur oder den Aussenbeziehungen, die den bürgerlichen Partnern anrühlich vorkommen. Oder es sind lineare Kürzungen, die zwar neutral erscheinen, dann aber am Ständerat scheitern, wo SVP und FDP immer noch in einer deutlichen Minderheit sind.

Schlankeres Alkoholgesetz

Trotz dem Nein zur Totalrevision der Alkoholgesetzgebung gehen die Anpassungen weiter

Der Nationalrat hat die Totalrevision der Alkoholgesetzgebung gestoppt. Beim Bund ist das Thema aber noch lange nicht vom Tisch.

DAVIDE SCRUIZZI

Nach aufwendigen Differenzbereinigungsverfahren rund um Steuervergünstigungen für einheimische Schnapsbrenner hat man im Bundeshaus die Notbremse gezogen: National- und Ständerat haben die Totalrevision der Alkoholgesetzgebung in den letzten Tagen abgeschrieben. Im Sinne der vorbereitenden Kommissionen erarbeitet aber nun der Bundesrat eine schlanke Revision des bestehenden Alkoholgesetzes.

Dabei geht es um eine Liberalisierung des Ethanolmarkts (Handel mit Trinkalkohol), in deren Rahmen auch

die Privatisierung des Monopolbetriebs Alcosuisse erfolgen soll. Diese Schritte sollen der Chemie- und Getränkeindustrie Vorteile bringen. Fortgesetzt wird auch die Auflösung der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) und die Integration einiger Abteilungen in die Oberzolldirektion. Am Donnerstag hat das Finanzdepartement kommuniziert, dass die neu geschaffene Abteilung für die

Kein Kater nach der Alkoholdebatte

Kommentar auf Seite 11

Besteuerung von Alkohol und Tabak in Delsberg in einem Neubau beim Bahnhof angesiedelt werden solle. Die interimistische Leitung der EAV und die Leitung der neuen Abteilung wird Stefan Schmidt übernehmen. Der 45-Jährige

stand in den letzten Jahren an der Spitze der Sektion Tabak- und Biersteuer der Oberzolldirektion.

Ob die in Angriff genommene Totalrevision des Alkoholgesetzes noch um weitere Elemente angereichert wird, dürfte im Ermessensspielraum von Bundesrat Ueli Maurer liegen, dem Nachfolger von Eveline Widmer-Schlumpf im Finanzdepartement. Die Regelung der Testkäufe zur Sicherstellung der Alterslimiten beim Verkauf von alkoholischen Getränken ist ohnehin Gegenstand einer bereits 2011 dem Zweitrat weitergereichten Motion von Nationalrätin Maja Ingold (evp., Zürich). Mit der Totalrevision sind auch Pläne für Nachtverkaufsverbote gescheitert. Dazu werden vom Blauen Kreuz Vorstösse in den Kantonen angekündigt. Der Obstverband ist enttäuscht, dass die Forderung nach Steuervergünstigungen für einheimische Schnäpse versandet ist, und will nun das weitere Vorgehen beraten.

«Wirtschaftlich kaum zu verkraften»

Ständerat lehnt die Initiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen» einstimmig ab

flj. Bern · Das bedingungslose Grundeinkommen sei zwar eine bedenkenswerte Vision, sagte Anita Fetz (Basel-Stadt, sp.). Denn die Digitalisierung werde zu einem grossen Verlust von Arbeitsplätzen führen. Mit einem Grundeinkommen würde auch die Freiwilligenarbeit wertgeschätzt, die heute nicht im Bruttosozialprodukt auftauche – etwa die Betreuung von Kindern, Betagten, Kranken und Behinderten, welche meist von Frauen geleistet werde. Doch auch Fetz stellte am Donnerstag keinen Antrag auf eine Ja-Parole, womit der Ständerat die Volksinitiative einstimmig zur Ablehnung empfiehlt.

Die Initiative fordert ein Grundeinkommen für alle in der Schweiz lebenden Menschen – unabhängig von einer Erwerbstätigkeit. Dessen Höhe wird im Initiativtext nicht festgehalten, aber es soll der ganzen Bevölkerung «ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben» ermöglichen. Als angemessen erachten die Initianten 2500 Franken pro Monat für Erwachsene und 625 Franken pro Kind. Der Bundesrat schätzt die Kosten des Grundeinkommens auf 208 Milliarden Franken pro Jahr. Dafür müssten 153 Milliarden Franken an zusätzlichen Steuern erhoben werden. Weitere

55 Milliarden müssten aus den Sozialversicherungen und der Sozialhilfe umgelagert werden.

Das wäre «gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich kaum zu verkraften wäre», sagte Konrad Graber (Luzern, cvp.) namens der vorbereitenden Kommission. Sozialminister Alain Berset sprach von einem «tiefgreifenden Umbau der Gesellschaft und des Sozialversicherungssystems». Und auch Paul Rechsteiner (St. Gallen, sp.) warnte davor, die bewährten Sozialwerke durch ein Grundeinkommen zu ersetzen, das erst noch ungenügend sei für ein Leben in Würde.

AUS DER SESSION



Widmer-Schlumpfs letzter Auftritt im Parlament

For. · Gewohnt nüchtern hat Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf in ihrem letzten Auftritt im Parlament über ihre Geschäfte referiert. Erst ganz am Schluss kamen Emotionen auf. Die Bundesrätin war sichtlich gerührt über die erneute Standing Ovation im Nationalratsaal. Sie wünschte den Ratsmitgliedern alles Gute und «gutes Gelingen für Kompromisse, die unser Land weiterbringen». Sagte es, lächelte und verliess die Bühne.

Hilfsstoffe bei Medikamenten deklarieren

(sda) · Auf Medikamentenpackungen sollen künftig alle Hilfsstoffe deklariert werden, die häufig Allergien oder Intoleranzen auslösen, insbesondere Laktose. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion mit diesem Anliegen angenommen.

Erleichterter Import von Impfstoffen

(sda) · Das Parlament will, dass sich praktizierende Ärzte Einzelimpfstoffe, die in der Schweiz vom Markt genommen worden sind, erleichtert in die Schweiz liefern lassen können. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine entsprechende Motion von Yvonne Gilli (gp., St. Gallen) gutgeheissen – mit 18 zu 16 Stimmen.

Ständerat will Bericht zu Service public abwarten

(sda) · Eine Mehrheit des Ständerats möchte den Service-public-Bericht nicht schon vor dessen Publikation in eine Richtung lenken und lehnt eine Motion ab, die «einen vollständigen Bericht ohne Tabus» forderte. Der Ständerat sah im Gegensatz zum Nationalrat keinen Anlass, die emotional geführte Debatte um die SRG vor der Publikation des Berichts weiter zu befeuern.

Burkhalter lädt zu Krisentreffen

Konflikt um Nagorni Karabach

maa. · Die Staatsoberhäupter von Aserbaidschan und Armenien wollen sich am Samstag in Bern zu Gesprächen treffen. Anlass ist der Konflikt um das Gebiet Nagorni Karabach, der jüngst wieder an Intensität gewonnen hat. Das Aussendepartement bestätigt das geplante Zusammenkommen des aserbajdschischen Präsidenten Ilham Alijew und seines armenischen Amtskollegen Sersch Sargsjan. Die Schweiz sei Gastgeberin des Treffens, nehme aber am Gespräch, das unter vier Augen stattfindet, nicht teil. Bundesrat Didier Burkhalter werde die beiden Präsidenten begrüssen.

Das vorwiegend armenisch bewohnte Nagorni Karabach gehört völkerrechtlich zu Aserbaidschan, hat sich von diesem aber losgesagt. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vermittelt im Rahmen der sogenannten Minsk-Gruppe. In der Gruppe nimmt auch die OSZE-Führungstroika teil, zu der dieses Jahr noch die Schweiz gehört. Die Schweiz hatte den Südkaukasus als eine Hauptregion für die Friedensaktivitäten während ihres OSZE-Vorsitzes 2014 vorgesehen.